

Direkte Demokratie erleichtern statt Verschärfung des Abstimmungsgesetzes

Im heutigen Plenum des Abgeordnetenhauses von Berlin findet die zweite Lesung über eine Verschärfung des „Berliner Abstimmungsgesetzes“ statt. In dem Gesetz werden die Regularien zur Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden festgelegt. Die Angaben zur unterzeichnenden Person müssen nun komplett, vollständig und fehlerfrei durch eigene Handschrift ausgefüllt werden – es genügt nicht mehr, dass die Person „zweifelsfrei zu erkennen ist“. Diese Verschärfung wurde mit falschen und haltlosen Fälschungsvorwürfen durch den Neuköllner Stadtrat Blessing gegenüber dem Volksbegehren 100% Tempelhofer Feld begründet worden. Zusätzlich soll nach dem Gesetzesänderungsentwurf dem Senat „angemessene öffentliche Mittel“ unter „Beachtung des Gebots der Sachlichkeit“ zur Werbung für die eigene Position zur Verfügung gestellt werden.

VERA lehnt diese Verschärfung des Berliner Abstimmungsgesetzes klar ab!

Politische Willensbildung ist eine Sache von politischen Parteien, politischen Gruppierungen oder Bürgerinnen und Bürgern im Wege ihres bürgerschaftlichen Engagements. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Senats, aus Steuergeldern im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens „politische Aufklärungsarbeit“ zu leisten. Sache der Regierung ist es vielmehr, die Durchführung von Volksbegehren zu ermöglichen sowie alle notwendigen Rahmenbedingungen und Informationen beider Positionen neutral sicher- und bereitzustellen.

„In der Praxis hat sich gezeigt, dass einige Unterstützende bei Unterschriftensammlung teils unleserlich schreiben oder ihr Geburtsdatum nicht angeben möchten – trotzdem sind die Personen eindeutig identifizierbar. Die Verhältnismäßigkeit der finanziellen Mittel ist zusätzlich in einem starken Ungleichgewicht. So hat 100% Tempelhofer Feld über den kompletten Kampagnenzeitraum nur ca. 40.000 € umgesetzt. Die Bebauungsbefürworter hatten einen mittleren 6-stelligen Betrag in die Bewerbung ihrer Position investiert“, so Felix Herzog, Pressesprecher von VERA Berlin und ehemaliger Vorsitzender von 100% Tempelhofer Feld.

Martin Wittau, VERA-Landessprecher und Mitinitiator des Volksbegehrens „Neuwahlen in Berlin“: „Der Senat nutzt die Abgeordneten der Regierungskoalition als Steigbügelhalter eigener Interessen. Es entspricht weder dem Willen der Verfassung von Berlin, noch den Berlinerinnen und Berlinern, wenn ohnehin schon vorhandene Ungleichgewichte im Verfahren von Volksgesetzen durch Steuergelder auch noch verschärft werden. Es ist nicht Sache des Senats, bei Gesetzgebungsverfahren einzuwirken, sondern eine Angelegenheit der im Parlament vertretenen Parteien, ihre Argumente mit Initiativen für Volksbegehren auszutauschen. Diese Einmischung des Senats, dessen Ermächtigung durch Abgeordnete der Regierungsfractionen und der damit verbundene Kontrollverlust des Parlaments widerspricht dem Geist der Gewaltenteilung. Dies entspricht nicht der Verfassung und meiner Vorstellung von Demokratie.“

VERA fordert einfachere Verfahren für Beteiligungsformen mit Unterstützung von Onlineverfahren, um die Hürden direkter Demokratie so niedrig, wie möglich zu halten. Zusätzlich sollten nach einem erfolgreichen Antrag zum Volksbegehren der Initiative aus öffentlichen Geldern Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, um die Organisation des Volksbegehrens durch eine klare Anlaufstelle zu vereinfachen.

VERA – steht für Vertrauen, Ehrlichkeit, Respekt und Anstand – hat sich im Juli 2014 gegründet um die Berliner Parteienlandschaft um eine moderne und zugleich wertorientierte Partei zu bereichern. VERA ist aus dem Personenkreis um die Initiative „Wowereit Rücktritt“ entstanden. Bei der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „Neuwahlen in Berlin“ im Jahre 2014 wurde die Erfahrung gemacht, dass viele zwar mit der Politik unter Wowereit nicht einverstanden waren, jedoch wurde in vorgezogenen Wahlen aufgrund der Zustände der Berliner Parteien keine Verbesserung gesehen. Auch wurde vermehrt die Sorge geäußert, dass bei Wahlen zu diesem Zeitpunkt die AfD ins Abgeordnetenhaus kommen würde. Aus diesen Gründen wurde mit Blick auf die diesjährige Wahl die Partei VERA gegründet. Die Aufstellung der 22 Kandidierenden hat bereits im Oktober 2015 stattgefunden. Das Wahlprogramm soll Anfang April verabschiedet werden.